



Antrag zur Einführung eines Kommunalen BürgerInnenhaushaltes im Landkreis Neuwied ab dem Haushaltsjahr 2012

Der Kreistag Neuwied möge beschließen:

Die Verwaltung des Landkreises Neuwied wird beauftragt, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es ab dem Haushaltsjahr 2012 zum 1. Kommunalen BürgerInnenhaushalt im Landkreis kommen kann.

Der 1. Kommunale BürgerInnenhaushalt soll ab Herbst 2011 in einem transparenten, nachvollziehbaren und allgemeinverständlichen Prozess unter Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis aufgestellt werden. Die Aufstellung des 1. Kommunalen BürgerInnenhaushaltes soll unter dem Aspekt von mehr Informations-, Konsultations- und Mitwirkungsmöglichkeit sowie in der Nachbereitung des Haushaltsjahres 2012 einer Qualitätskontrolle durch die an der Erstellung des 1. Kommunalen BürgerInnenhaushaltes beteiligten Bürgerinnen und Bürger unterzogen werden.

Ziel des 1. Kommunalen BürgerInnenhaushaltes des Landkreises Neuwied ist es, das bürgerschaft-liche Ehrenamt zu stärken. Die im Landkreis lebenden Menschen sollen vor allem über das Internet an der Haushaltsaufstellung beteiligt werden. Dabei sind die Erfahrungen anderer Kommunen, in Rheinland-Pfalz vor allem Trier, Ludwigshafen und Mainz, außerhalb von Rheinland-Pfalz vor allem Berlin-Lichtenberg, Köln, Bonn und Freiburg, die bereits seit Jahren kommunale BürgerInnen-haushalte eingeführt haben, sowie die Fachkompetenz des rheinland-pfälzischen Städte- und Gemeindebundes, der Landesregierung und der Bertelsmannstiftung zu nutzen.

Die Verwaltung sorgt dafür, dass die Formen und Inhalte wie auch die praktische Beteiligung an den Haushaltsberatungen für den Landkreis Neuwied für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises aufgezeigt und öffentlich diskutiert werden können.

Begründung:

Obwohl die kommunalen Etats darüber entscheiden, was in einer Kommune verwirklicht wird, sind die Haushaltsverhandlungen und -verabschiedungen durch weitgehende Nichtteilnahme der Bevölkerung gekennzeichnet. Insbesondere in Zeiten knapper Finanzmittel kann jedoch durch Bürgerbeteiligungen bei Bürgerhaushalten eine neue Qualität im kommunalen Selbstverständnis des Gemeinwesens vorangebracht werden. Daher sind Bürgerhaushalte eine ideale Ergänzung zum parlamentarischen System.

Die Aufstellung eines Haushaltes ist eine komplexe kommunalpolitische Aufgabe und stellt die Weichen für die gesamte Kommunalpolitik. Für die meisten Bürgerinnen und Bürger ist dieser

Prozess jedoch sehr intransparent. Mit dem Begriff "Bürgerhaushalt" verbindet sich ein Anhörungs-verfahren, mit dem ein Meinungsbild von Bürgern zu verschiedenen geplanten Investitionen, den Pflichtaufgaben und den laufenden Kosten der Kommune hergestellt wird. Bürger können hierzu Empfehlungen aussprechen - das Letztentscheidungsrecht obliegt weiter den zuständigen politischen Gremien. Von dem interaktiven Prozess der Erstellung des 1. Kommunalen BürgerInnenhaushaltes für den Landkreis Neuwied bleiben die in der Landkreisordnung (LKO) §25.2, Satz 2 und 3 formulierten Aufgaben des Kreistages unberührt. Die neue Form des Dialogs des Bürgerhaushaltes im Zusammenspiel des kommunalpolitischen Dreiecks Politik - Verwaltung - Bürger, bietet gerade in finanziell schwierigen Zeiten die Chance für die tragfähige Weiterentwicklung der kommunalen Gemeinschaft.

Welche Gründe sprechen dafür, dass auch im Landkreis Neuwied ein Kommunalen Bürger-Innenhaushalt entwickelt wird:

Mehr **Akzeptanz** durch öffentliche Diskussion sowohl um die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen wie auch um das Nutzen vorhandener Handlungsspielräume. Das alles kann den Konsens in Zeiten knapper Kassen fördern. Voraussetzung ist, dass die Aufstellung eines BürgerInnenhaushaltes transparent und in einer verständlichen und lesbaren Art dargestellt wird. Ein weiterer Vorteil besteht für DIE LINKE in einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch eine weitreichende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und sozialen Bewegungen. Dadurch wird der Bürgerhaushalt zu einem Instrument der partizipativen Modernisierung der Verwaltung und wirkt als Instrument direkter Demokratie.

Eine **Effizienzsteigerung** ist möglich durch die Einbeziehung des Sachverstandes und der Detailkenntnisse von Bürgern. In der Dialogphase zum Haushaltsentwurf können in Bürgerversammlungen, Internet-Foren und bei themenbezogenen Veranstaltungen Alltagswissen und Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern zu mehr Effizienz im Haushalt führen. Auch kann bürgerschaftliches Wissen durch das organisierte Einbeziehen von Fachwissen von Vereinen oder Initiativen zur Verfügung gestellt werden.

Es können **Konflikte** reduziert werden, auch, weil es im Prozess der Haushaltserstellung ein höheres **Kostenbewusstsein** geben wird. Die Bürger als Steuerzahler wollen und sollen wissen, was sie "ihre" Verwaltung mit deren Dienstleistungen kostet.

In der Folge des BürgerInnenhaushaltes kommt es zu einer Aktivierung des Bürgerengagements. Dies geschieht durch einen stärkeren Identifizierungsprozess mit den konkreten Problemen unseres Landkreises. Das führt zu einer höheren Bereitschaft von **ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement**.

Die **Politikverdrossenheit** kann vermindert werden. Auch vermittelt der Bürgerhaushalt einen Lernprozess über das Funktionieren demokratischer Institutionen sowie von Demokratie überhaupt.

Nicht zuletzt wäre der 1. Kommunale BürgerInnenhaushalt ein großer **Imagegewinn** für den Landkreis Neuwied, seine BürgerInnen, seine Verwaltung und die Kreisräte. Die Stadt Köln wurde z.B. Ende 2009 mit dem "European Public Sector Award" für ihren Bürgerhaushalt ausgezeichnet.

Die **Risiken** bestehen darin, dass Erwartungen geweckt werden, die wir nicht erfüllen können. Sie sind aber beherrschbar. Denn die bisherigen Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass Aufwand und Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

Welche positiven Anreize kann der Kommunale BürgerInnenhaushalt gerade in einer angespannten Haushaltssituation bieten?

Die Haushaltsaufstellungsverfahren in den bisherigen Projektkommunen haben gezeigt, dass gerade auch in Zeiten leerer Kassen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nach den Grundsätzen des Kommunalen Bürgerhaushalts Sinn macht. Vor allem in Zeiten von Sparmaßnahmen ist die BürgerInnenbeteiligung am Haushalt die einzige Rückkoppelung für die Entscheidungen der Politik und Verwaltung. Im Gegensatz zu den bisher offengelegten Etatplänen zielen Bürgerhaushalte auf eine angemessene Verständlichkeit für die Bürger ab und bieten ihnen die Möglichkeit, aktiv mitzuzentscheiden.

Wichtig für eine **erfolgreiche Durchführung** ist vor allem, dass Politik und Verwaltung geschlossen hinter dem Beteiligungsverfahren stehen. Ein ideales Instrument für die Bürgerbeteiligung ist das Internet. **DIE LINKE** im Kreistag Neuwied lädt alle anderen Fraktionen ein, sich mit den Sachverhalten von einem Kommunalen BürgerInnenhaushalt vertraut zu machen. Wir wollen in dieser Sache - gemeinsam mit allen anderen Fraktionen - einen Schritt auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis zugehen.

Ein auf die Bedingungen des Landkreises Neuwied ausgerichteter Kommunalen BürgerInnenhaushalt wird zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik führen. Die Einführung eines Ratsinformationssystems im nächsten Jahr ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Bürgerhaushalt ist ein Instrument direkter Demokratie und könnte auch in unserer Region ein wichtiger Beitrag zum Abbau von Politikverdrossenheit und Ignoranz sein. Skeptiker könnten einwenden, dass es im Kreis Neuwied zu viel "Kirchturmsdenken" seitens der einzelnen Gemeinden und Verbandsgemeinden gäbe. Wir antworten, dass gerade das Instrument des Kommunalen BürgerInnenhaushaltes dem "Kirchturmsdenken" entgegen wirkt.

Bedenkenträger könnten einwenden, dass das Thema Bürgerhaushalt für einen Landkreis nicht so interessant sei wie für eine Kommune, weil der Kreis keine echten Steuereinnahmen hat, sondern nur von Zuweisungen und Kreisumlagen lebt. Das Beispiel des Landkreises Lichtenberg im Bundesland Berlin widerlegt diese Bedenken mit Fakten. In Berlin-Lichtenberg haben sich 2.942 Personen auf der Plattform "Bürgerhaushalt" registrieren lassen, davon haben 403 Teilnehmer in diesem Jahr aktiv mit ihrem politischen Sachverstand an dem dortigen Bürgerhaushalt mitgearbeitet. Die Seite wurde in den 9 Monaten zwischen dem 01.04.2010 und dem 01.12.2010 834.150 mal aufgerufen. In dieser Zeit wurden 104 konkrete Haushaltsvorschläge gemacht und 161 schriftliche Kommentare zu Haushaltspositionen abgegeben.

Der Bezirk Lichtenberg in Berlin hatte 2007 515 Mio Euro Einnahmen. 79% dieser Einnahmen kamen als Zuweisungen vom Land, der Rest kam vom Bund, aus EU-Fördertöpfen und aus selbst erwirtschafteten Einnahmen. 76% der Einnahmen mussten für Transferzahlungen aufgewandt werden, 15,5% für Personal- und 7,4% für Verwaltungsausgaben. Frei investieren konnten auch die Lichtenberger nur 1,1% ihrer Einnahmen. Dennoch haben sie den gesamten Haushalt als

Bürgerhaushalt mit ihren BürgerInnen besprochen. Das brachte der Verwaltung nicht nur nationale und internationale Anerkennung, sondern auch die Akzeptanz und das Verstehen vieler Menschen im Landkreis für die Pflichtaufgaben ein. Da die Beteiligung am Bürgerhaushalt in Lichtenberg seit Jahren Tradition hat, können wir uns mit diesem Landkreis nicht vergleichen, aber auch dieser Bezirk hat einmal mit etwas Neuem angefangen. Der Kommunale BürgerInnenhaushalt entwickelte sich dort zu einem sehr erfolgreichen Instrument. Warum soll das nicht auch in unserem Landkreis möglich sein?

Weitere Informationen zum Kommunalen BürgerInnenhaushalt:

- Bundeszentrale und Landeszentrale für politische Bildung
- Internet: www.buergerhaushalt.de mit vielen weiteren Links